

Der vorliegende Beitrag will sich in diese Debatte mit einem Interpretationsversuch aus *historisch-soziologischer* Perspektive einmischen, um verbreiteten zeitlichen sowie inhaltlichen Kurzschlüssigkeiten entgegenzutreten. Der Fokus des Erklärungsversuches liegt dabei auf der Seite der rechtspopulistischen ›Nachfrage‹. Es geht also nicht um rechtspopulistische Politikangebote, sondern um die tragenden, unterstützenden oder resonanten sozialen Schichten, Milieus und Kulturen.² Erkundet werden soll, warum die rechtspopulistischen Politikangebote im Osten Deutschlands, wie sie sich seit 2014 insbesondere in Gestalt der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) zeigen, für viele Wählerschichten nicht nur attraktiv sind, sondern die AfD sogar zu einer (numerischen) Volkspartei werden und ihren partiell rechtsradikalen Flügel zu einem entscheidenden Machtfaktor in der Gesamtpartei werden ließen. Auf sächsische Entwicklungen wird an einigen Stellen besonders eingegangen.

1. Rechtspopulismus: Was ist das?

Der politische Populismus ist so alt wie die politischen Repräsentativsysteme, die an der Idee der Volkssouveränität orientiert sind. Seine Geschichte reicht daher bis in die Antike zurück; die systematische Ausbildung seiner Formensprache und Varianten, einschließlich des Links-Rechts-Dualismus, erfolgte seit dem 19. Jahrhundert.³

-
- 2 Diese Formulierung bedeutet nicht, dass es zwischen politischen ›Angeboten‹ und ›Nachfragen‹ nicht komplexe Wechselwirkungen gibt, worauf hier aber nicht näher eingegangen werden kann. Zur Debatte s. etwa: *Frank Decker* (Hg.), *Populismus – Gefahr für die Demokratie oder nützlich Korrektiv?*, Wiesbaden 2006; *Dirk Jörke/Veith Selk*, *Theorien des Populismus zur Einführung*, Hamburg 2017; *Cristóbal Rovira Kaltwasser/Paul Taggart/Paulina Ochoa Espejo* u. a. (Hg.), *The Oxford Handbook of Populism*, Oxford/New York 2017; *Chantal Mouffe*, *Für einen linken Populismus*, Berlin 2018; *Alexander Häusler* (Hg.), *Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD*, Hamburg 2018; *Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller*, *PEGIDA – Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*, Wiesbaden 2016.
 - 3 Zu Geschichte und Vielfalt siehe *Kaltwasser* u. a., *Oxford Handbook* (s. Anm. 2); *Mouffe*, *Populismus* (s. Anm. 2); *Jan-Werner Müller*, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin 2016; *Karin Priester*, *Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen*, in: *Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler* (Hg.), *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden 2016, 533–560.

Der politisch-ideologische Kern jedes Populismus besteht in der Fiktion eines selektiv definierten Volkes (lat. *populus*) als Adressat, Nutznießer, Bewegener und Träger des politischen Prozesses. Volk ist hier nicht mit Bevölkerung zu verwechseln; vielmehr geht es immer um ideologisch aufgeladene und ausgewählte Gruppen. Volk kann daher als völkische »Rasse«, ethnisch gefasste Nation oder im Sinne der werktätigen Klasse(n) begriffen werden. Dieses Volk wird scharf und unversöhnlich von der (ggf. vormals) herrschenden Elite und ihren Herrschaftsapparaten (Verwaltungen, Polizei, Parteien, Verbände usw.) geschieden. Der alten »System-Elite« werden die wahren Volksvertreter gegenübergestellt, für die unterstellt wird, dass sie dem *populus* kraft ihrer Herkunft, ihres Willens, ihrer Einsicht oder ihres auratischen Anverwandlungsvermögens und Charismas nahe sind und das Volk daher führen können – jenseits oder doch unter deutlicher Machteinschränkung aller bürokratischen Maschinerien und Vermittlungsinstitutionen wie politische Parteien, Verbände oder Parlamente. Politischer Populismus ist daher gegenüber allen komplexeren politischen Repräsentations- und Aushandlungsinstitutionen skeptisch eingestellt und präferiert direktdemokratische Herrschaftsformen und Entscheidungsmodi bis hin zur Ausschaltung der Gewaltenteilung.⁴

Aus theoretisch-konzeptueller Perspektive erscheint und entwickelt sich der zeitgenössische politische Populismus in drei miteinander zusammenhängenden Dimensionen:

- als *Ideologie*, d. h. als System von interessenbasierten Anschauungen und Argumentationen zur Welt- und Gesellschaftsdeutung sowie Begründung soziopolitischer Handlungsorientierungen und Entscheidungsmuster,

4 Vgl. ebd.; Dirk Jörke/Veith Selk, Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg 2017; Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser, Populism. A Very Short Introduction, Oxford 2017; Müller, Was ist Populismus? (s. Anm. 3). Hinsichtlich der Definition des legitimen Volkes wie des Politikverständnisses, d. h. der Ausübungsformen der Volkssouveränität, bestehen damit fließende Übergänge zu radikalen bzw. extremistischen Strömungen und Ideologien. Während bei der Definitionsfrage die Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen oder doch deren massive Rechteinschränkung in Richtung autoritärer und totalitärer Herrschaftssysteme droht, stehen hinsichtlich der Ausübungsmodi die republikanische Verfassung mit Gewaltenteilung, Verwaltungs- und Rechtsstaat sowie die Idee der repräsentativen Interessenvermittlung zur Disposition.

- als *politische Bewegung*, wobei der Populismus regelmäßig als Kombination von informellen Netzwerken, zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie politischen Parteien auftritt, und
- als *Politikstil*, d. h. als Art und Weise politischer Kommunikation, der Mobilisierung und Bindung von Unterstützern, als Modus der politischen Selbstorganisation und als spezifisches Verständnis des Verhältnisses von politischer Programmatik und taktischer Freiheit.

Der *moderne europäische Rechtspopulismus* verdankt seine Entstehung und seinen Aufstieg zunächst dem Niedergang des »sozialdemokratisch-keynesianischen Zeitalters« (Walter L. Bühl) in Westeuropa seit Ende der 1970er Jahre. Hier spielte der rechtspopulistische Thatcherismus in Großbritannien eine initiierende und prägende Rolle. Seit Anfang der 1990er Jahre stilisieren sich rechtspopulistische Parteien in Europa immer mehr als ernsthafte Alternative zum alten Parteiensystem und der Fortschreibung etablierter Politik, wobei die Abwehr aller fremden Bedrohungen der eigenen »Heimat« – nicht zuletzt durch die anwachsenden Migrationsflüsse – im Zentrum standen. Lega Nord und Forza Italia in Italien sowie die neue Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) unter *Jörg Haider* stellten unter Beweis, wie erfolgreich der neue Rechtspopulismus sein kann. Zwar erlebten diese Versuche ihre Rückschläge Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre. Ein nächster und diesmal europaweiter Aufstieg ließ aber nicht lange auf sich warten. Seit etwa 2005, vor allem aber nach der Finanzmarktkrise 2008/2009 sowie im Gefolge der anschwellenden Fluchtmigration 2015/2016 feiern rechtspopulistische, teils rechtsradikale Parteien und Bewegungen quer durch Europa vom skandinavischen Norden (Finnland, Schweden, Dänemark) über Ostmitteleuropa (herausragend: Polen und Ungarn, aber auch in Tschechien) und den Süden (wie anhaltend Italien) bis nach Westeuropa (Großbritannien, Belgien, die Niederlande, Deutschland, Österreich, die Schweiz) Wahlerfolge, die sie unmittelbar an die Regierung bringen oder doch erhebliche politische Einflussmöglichkeiten begründen.⁵

Was zeichnet diese *rechtspopulistischen* Parteien in Europa *gegenwärtig* – neben den oben umrissenen allgemeinen Charakteristika des politischen Populismus – aus?

5 Als Überblicke: *Kaltwasser* u. a., Oxford Handbook (s. Anm. 2); *Mudde/Kaltwasser*, Populism (s. Anm. 4); *Manow*, Ökonomie (s. Anm. 1); *Müller*, Was ist Populismus? (s. Anm. 3); *Rippl/Seipel*, Rechtspopulismus (s. Anm. 1); *Ruth Wodak/Majid Khosravinik/Brigitte Mral* (Hg.), Right-Wing Populism in Europe. Politics and Discourse, London 2013.

Erstens setzen alle rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien auf ein homogen verstandenes *Volk*, das nativistisch, ethnisch bzw. vor allem kulturell begriffen wird und als Träger einer politisch-kulturellen Gemeinschaft, mithin eines starken Wir- und Heimat-Gefühls fungiert. Diese Gemeinschaft wird grundsätzlich als durch äußere und innere Feinde *bedroht* gedacht. Der entscheidende innere Feind sind die etablierten liberal-demokratischen und kosmopolitischen Eliten, denen man Korruption und Verrat am Volk vorwirft. Der äußere Feind wird einerseits von anderen, als aggressiv verstandenen Völkern, Gruppen bzw. deren (pluralen) Kulturen (herausragend: Islam) repräsentiert, die sich der Heimat bemächtigen wollen (Einwander:innen, Flüchtlinge, Ausländer:innen, »Kulturfremde«). Andererseits sind es die fremden, internationalistischen Eliten und deren Institutionen, welche die Einheit und Souveränität des Ethnos bedrohen (von den Brüsseler Bürokraten der EU bis zur UNO).

Zweitens können die Bedrohungen und Feinde nur dann wirksam bekämpft werden, wenn von der »formalistischen«, verrechtlichten, bürokratischen oder elitären Demokratie zur »wahren« Demokratie übergegangen wird, in der nicht nur plebiszitäre oder direktdemokratische Verfahrenselemente, sondern in substanzieller Hinsicht geschichtsgesättigte Werte und Gemeinschaftsgefühle dominieren. Träger dieses Kampfes um die Erneuerung von Ethnos und Demokratie sind damit das protestbereite, mobilisierte »wahre Volk« sowie volksnahe und bürokratieferne Führer:innen der rechtspopulistischen Bewegungen.

Drittens sind – trotz dieser ideologischen Stützung auf das »wahre Volk« – rechtspopulistische Bewegungen und vor allem politische Parteien mit Blick auf den politischen Prozess weniger input- denn *output-orientiert*. Sie konzentrieren ihre politische Arbeit weniger auf die (Selbst-)Organisation der Mitglieder, deren Kommunikation und demokratische Partizipation. Vielmehr gründen sie ihre Legitimation und Unterstützung in Wahlen oder Protestkämpfen im Wesentlichen auf den symbolischen und materiellen Erfolgen in der taktisch flexiblen Umsetzung ihrer Interessenpolitik. Das kann die Einführung einer »Obergrenze« für Fluchtmigration ebenso sein wie die Kritik an abwanderungswilligen transnationalen Großunternehmen oder die öffentliche Bloßstellung des »Eliten- und Politikversagens«.⁶

6 Paradigmatisch dafür die Ein-Mann-Partei von *Geert Wilders*, vgl. *Koen Vossen*, Das Ein-Mann-Orchester in den Niederlanden. Geert Wilders und die Partei für die Freiheit (PW), in: *Ernst Hillebrand* (Hg.), *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?*, Bonn 2015, 48–59.

Viertens zeichnen den gegenwärtigen Rechtspopulismus – hier hinsichtlich der organisierten *Politikangebote* – außenpolitisch ein klarer Nationalismus sowie instrumentelle Europäisierungs- bzw. Globalisierungsauffassungen aus. Innenpolitisch dominieren ein ethnisch, nativistisch oder kulturell fundiertes Staatsbürgerrecht, restriktive und instrumentelle Einwanderungsstrategien, konservative bis autoritäre Law-and-Order-Auffassungen in Kombination mit plebiszitären und weiteren direktdemokratischen Verfahrenselementen, ein Wohlfahrts(staats)chauvinismus sowie – bezogen auf Kultur- und Lebensführungspolitiken – ein teils patriarchaler, autoritärer oder rechtskonservativer, teils auf nichtwestliche Lebensweisen und Weltanschauungen fokussierender Antipluralismus und Traditionalismus.⁷

2. Die besondere Stärke des Rechtspopulismus im Osten – und die Verweigerung einfacher Antworten

Rechtspopulistische Bewegungen und politische Parteien sind heute quer durch Europa erfolgreich.⁸ Generell gilt jedoch, dass sie seit den 2000er Jahren im Osten Europas (wie Polen, Ungarn) wie im Osten Deutschlands annähernd doppelt so stark sind wie in den westlichen Regionen.

In der Bundesrepublik lässt sich das bezogen auf die AfD und deren Stimmenanteile in den Bundes- und Landtagswahlen der letzten zehn Jahre (2014 bis Mitte 2023) unproblematisch zeigen. Während sie in den westlichen Bundesländern – mit Ausnahme Baden-Württembergs – immer

7 Siehe etwa *Priester*, Rechtspopulismus (s. Anm. 3); *Wodak* u. a., Right-Wing Populism (s. Anm. 5); für Deutschland: *Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Bettina Lösch* (Hg.), Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus, Weinheim 2018; *Häusler*, Völkisch-autoritärer Populismus (s. Anm. 2); *Rippl/Seipel*, Rechtspopulismus (s. Anm. 1); *Vorländer* u. a., PEGIDA (s. Anm. 2); siehe auch *Silke van Dyk/Johannes Schütz*, Ökonomische Notwehr oder autoritäre Wende? Ein Interview zu den Kontroversen um das Erstarken der Neuen Rechten in Europa, in: *Schütz* u. a. (Hg.), Die neue Mitte? (s. Vorbemerkung *), 143–158. Die konkreten inhaltlichen und strategischen Politikausprägungen hängen von den jeweils formierten Typen des Rechtspopulismus (d. h. deren Verknüpfung mit substanziellen Ideologien und Programmatiken) und den spezifischen nationalen bzw. regionalen Politikkontexten ab. Insofern sind diese Ausprägungen auch nicht fix, sondern flüchtig.

8 Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/941937/umfrage/stimmen-anteile-rechtspopulistischer-parteien-in-europa/> (Abruf 08.07.2023).

unter 15 % und vielfach sogar deutlich unter 15 % rangierte, ja in einigen Fällen sogar kaum mehr als 5 % der Stimmen erhielt – wie im Saarland, in Schleswig-Holstein oder in Hamburg –, bewegte sie sich im Osten im Bereich von einem Viertel aller abgegebenen Stimmen – in Sachsen sogar Richtung 30 %. Sie ist im Osten der Bundesrepublik also zwischen zwei- bis über viermal so erfolgreich wie in den westlichen Ländern.⁹

Umfragen zu den Wahlabsichten bestätigen diese Ost-West-Scheidung. Während 2019 im Rahmen des Demokratiemonitors der Bertelsmann-Stiftung in den östlichen Ländern 22 % eine Wahlabsicht für die AfD bekundeten, in den westlichen Ländern aber »nur« 13,4 %, waren es im Juni 2023 nach einer Forsa-Umfrage im Osten sogar 32 %, in den westlichen Ländern aber anhaltend 13 %.¹⁰

Differenziert man diese Werte wie die Wahlentscheidungen in einem ersten Schritt aber hinsichtlich *sozial-geographischer, sozio-demographischer und sozialstruktureller Merkmale* und *Verteilungsmuster*, werden weitere relevante Faktoren erkennbar, die sich einer einfachen Ost-West-Scheidung verweigern. Vier einflussreiche Faktoren sollen herausgestellt werden. Die Chancen der AfD-Unterstützung und mithin die Wahrscheinlichkeit höherer Stimmenanteile in Wahlen steigen:

- (a) mit dem Vorhandensein und der Bedeutung *ländlich-peripherer Teilregionen*, wie etwa Ostsachsen oder die Südwestpfalz,
- (b) mit der Verbreitung *prekärer ökonomischer Beschäftigungsverhältnisse und unsicherer individueller Entwicklungsperspektiven*, wie etwa im Ruhrgebiet, Bremerhaven oder Ostbrandenburg,
- (c) mit einem *höheren Altersdurchschnitt* der jeweiligen Bevölkerung, wie etwa die ostsächsischen Landkreise vs. Großstädte, sowie
- (d) mit einem höheren Anteil der *männlichen Bevölkerung*.¹¹

9 Als Überblick zu den jeweils letzten Ergebnissen: <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-wahlerschaft-der-afd/> (Abruf 21.07.2023).

10 *Robert Vehrkamp*, Gesamtdeutsche Konfliktlinie oder neue Ost-West-Spaltung? In: EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung 3 (2019), 1–8, hier 2. Für 2023: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/umfrage-afd-ist-in-ostdeutschland-deutlich-die-staerkste-kraft/29192614.html> (Abruf 21.07.2023).

11 Ausführlicher vgl. *Manow*, Ökonomie (s. Anm. 1); *Schröder*, AfD-Unterstützer (s. Anm. 1).

Diese Differenzierungslogik lässt sich in einem zweiten Schritt mit Blick auf die Verteilung von und Zugehörigkeit zu *sozialen Milieus*¹² weiter entfalten. Erkennbar werden hier Korrelationsmuster, die *stärker* sind als die Variable der regionalen Verortung zwischen Ost und West.

Während sich etwa im Jahr 2019 im erfolgreichen und modernisierungsoptimistischen Milieu der *liberalen Intellektuellen* in kaum mehr als 10 % für die AfD entscheiden wollten (in den westlichen Ländern 8 %, in den östlichen 13 %), liegen die Werte im modernisierungsskeptischen und abstiegsgefährdeten *prekären Milieu* deutschlandweit fast viermal höher (in den westdeutschen Bundesländern bei 30 %, in den ostdeutschen sogar bei 46%).¹³

Die Bedeutung der sozialstrukturellen Dimension wird auch jenseits der reinen rechtspopulistischen Wahlabsicht nachdrücklich sichtbar, wenn nach dem gegenwärtigen Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik gefragt wird. Bei der Antwortmöglichkeit »überhaupt nicht« beträgt das Gefälle unter den Wahlberechtigten zwischen Ost- und Westdeutschland über alle sozialen Gruppen hinweg 14 % gegenüber 8 %. Im sozialen Milieu der *Performer* gibt es jedoch gar keine Differenz zwischen Ost und West. In beiden Großregionen teilen lediglich 4 % der Befragten diese Ansicht. Demgegenüber sind es im Westen 22 % der dem Milieu der *Prekären* Zugehörigen und 35 % in den östlichen Bundesländern, welche

12 Soziale Milieus vereinigen Merkmale sozialer Statuspositionen (wie Bildung, Einkommen, Vermögen und daraus folgende Schichtzugehörigkeiten: Oberschicht bis Unterschicht) mit sozio-kulturellen Dimensionen der Lebensorientierungen, wie Autonomie- vs. Ordnungsbedürfnis, Experimentierfreude vs. Routineorientierung, Hedonismus vs. Arbeitsethos oder Modernisierungsaффinität vs. Modernisierungsskepsis und verdichten sie zu sozialstrukturellen Gruppen »Gleichgesinnter«. Beispiele für soziale Milieus wären das *prekäre Milieu* (v. a. in den Unterschichten verortet und an Besitz/Status orientiert) oder – geradezu konträr platziert und orientiert – das *liberal-intellektuelle Milieu* (Mittel- und Oberschichtenangehörige mit einer Ausrichtung auf Individualität, Emanzipation und Selbstverwirklichung). Als Überblick zum theoretischen Ansatz auch mit Bezug auf ost-westdeutsche Unterschiede siehe: *Michael Vester/Peter von Oertzen/Heiko Geiling*, Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a. M., 2001.

13 *Vehrkamp*, Gesamtdeutsche Konfliktlinie (s. Anm. 10), 2.

die Ansicht teilen, dass die Demokratie in Deutschland »überhaupt nicht funktioniert«¹⁴.

Dass diese zum Ost-West-Verhältnis *querliegenden* sozialstrukturellen Korrelationen zu den markanten Unterschieden zwischen Ost und West in den Wahlen der letzten zehn Jahre führten, liegt auch daran, dass die verschiedenen sozialen Milieus in Ost- und Westdeutschland hinsichtlich ihrer Größenordnungen keineswegs gleich verteilt sind. Während etwa das *prekäre Milieu* im Westen ca. 8 % der Wohnbevölkerung umfasst, sind es in Ostdeutschland 13 %. In analoger Weise gehören dem ebenfalls AfD-affinen Milieu der *bürgerlichen Mitte* im Osten 15 % der Bevölkerung an, im Westen 12 %. Umgekehrt lassen sich den eher AfD-distanzierten Milieus der *Liberal-Intellektuellen* und dem der *Expeditiven* jeweils 6 % in Ostdeutschland zurechnen, während es im Westen 8 % bzw. 9 % sind.¹⁵

Insofern ließe sich zunächst pointieren, dass die deutlichen Unterschiede der rechtspopulistischen Wahlerfolge zwischen Ost und West in hohem Maße auf soziodemographisch, sozioökonomisch und sozialstrukturell differente Lagen in beiden Landesteilen zurückzuführen sind. Diejenigen Bevölkerungsgruppen (wie Ältere, Männer, in peripheren ländlichen Räumen Lebende), sozialen Lagen (prekär abhängig Beschäftigte oder selbstständig Tätige wie Kleinunternehmer:innen/ Gewerbetreibende) und Milieus (wie das prekäre, traditionale oder bürgerliche Milieu), die der AfD und generell rechtspopulistischen Einstellungssyndromen zuneigen, sind im Osten *systematisch stärker vertreten* als im Westen der Republik.¹⁶

Aber und damit zu einer zweiten Pointierung: Die gleichen Daten zur milieuhängigen Nähe, Unterstützung und Wahl rechtspopulistischer Parteien und ihrer Ideologien zeigen auch und vielfach signifikant, dass deren Verbreitung und Intensität in den östlichen Bundesländern über jener im Westen liegt. Zur Erinnerung: Im *liberal-intellektuellen Milieu* sind es nur 8 % in den westdeutschen Ländern, welche die AfD wählen (wollen) – im Osten aber 13 %, d.h. mehr als 50 % über dem westlichen Wert. Das gilt auch für das *prekäre Milieu*. Während hier im Westen 30 % die AfD unterstützen und wählen, ist es im Osten fast die Hälfte der Befragten (46 %).

14 *Vehrkamp*, Gesamtdeutsche Konfliktlinie (s. Anm. 10), 6.

15 *Vehrkamp*, Gesamtdeutsche Konfliktlinie (s. Anm. 10), 4.

16 *Vehrkamp*, Gesamtdeutsche Konfliktlinie (s. Anm. 10); *Schröder*, AfD-Unterstützer (s. Anm. 1); *Weisskircher*, The Strength (s. Anm. 1).

Was daraus folgt, ist offensichtlich: Es reicht nicht, sich mit den aktuellen objektiven Struktur- und Lagedaten zu befassen, wenn die Stärke rechtspopulistischer Einstellungen und Bewegungen im Osten Deutschlands erklärt werden soll. Es braucht vielmehr auch eine historisch-soziologische Perspektive, welche die Logiken und Folgen der wechselseitigen Erzeugung und Veränderung sozialer Strukturen, Institutionen und Kulturen *raum-zeitlich* erfasst und analytisch berücksichtigt. Im vorliegenden Zusammenhang ist insbesondere eine Analyse der langfristig gewachsenen Mentalitäten und politischen Kulturen sowie gesellschaftspolitischen Konfliktlinien und Konflikterfahrungen und: deren Zusammenhang mit den objektiven institutionellen wie strukturellen Entwicklungspfaden und jeweiligen Handlungssituationen, will man nicht Gefahr laufen, kurzschlüssig zu argumentieren.

Theoretisch-konzeptuell stehen für eine solche Problemperspektive verschiedene historisch-soziologische Ansätze zur Verfügung, wobei im Folgenden zur Orientierung und zugleich Gliederung der Argumentation eine Idee von Fernand Braudel aufgegriffen wird, der drei Zeit-, mithin soziale Wandlungsschichten unterscheidet: In der *longue durée* (d. h. langen Dauer) formen sich – in Abhängigkeit von größeren geographischen Räumen und zugleich diese sozial mit generierend – über Jahrhunderte materielle wie symbolische Rahmenstrukturen des sozialen Handelns, darunter und zentral kollektive Mentalitäten. Demgegenüber bewegt sich der Zeithorizont der *moyenne durée* (d. h. mittleren Dauer) im Bereich von Jahrzehnten oder Jahren und umfasst längere (nicht zuletzt wirtschaftlich-soziale) Konjunkturzyklen oder einzelne ihrer Phasen. Die Ereignisebene oder auch *courte durée* bezieht sich schließlich auf Geschehnisse, die sich in Stunden, Tagen oder bestenfalls wenigen Monaten vollziehen und vor allem politische Handlungen, Beziehungsdynamiken und Konflikte betreffen.¹⁷

Unter Orientierung an diesem Zeitschichtenmodell wird nachfolgend zunächst in drei Schritten – insgesamt vom 10. bis zum 20. Jahrhundert – der langzeitige Aufschichtungsprozess politischer Mentalitäten bzw. Kulturen in ›Ostdeutschland‹¹⁸ unter Fokussierung (rechts-)populistischer

17 *Fernand Braudel*, *Geschichte und Sozialwissenschaften*. Die *longue durée*, in: *Marc Bloch/Fernand Braudel/Lucien Febvre*, *Schrift und Materie der Geschichte*. Vorschläge zu einer systematischen Aneignung historischer Prozesse, hg. von Claudia Honegger, Frankfurt a. M. 1977, 47–85.

18 Hier und im Folgenden verstehe ich unter Ostdeutschland diejenigen Regionen, welche heute die neuen Bundesländer und Berlin umfassen. Aus

Anschlussfähigkeiten, Grundierungen oder rekombinierbarer Elemente (grob) rekonstruiert (3.–5.), um dann Formierungsprozesse der mittleren Dauer während der anhaltenden Transformations- und Vereinigungsperiode (seit 1989/90) sowie kurz jüngste Ereignisdynamiken und deren Folgen zu analysieren (6. und 7.).

3. Die Perspektive der *longue durée* I: Von der Ostkolonisation bis zum Absolutismus

Für den Zeitraum zwischen dem 10. und 18. Jahrhundert sind drei Aufschichtungsepochen und ihre sozio-kulturellen Gehalte besonders wichtig:¹⁹

(1) Generell erlebten die heute ostdeutschen Regionen seit dem Zusammenbruch des *imperium romanum* und insbesondere seit dem 10. und 11. Jahrhundert wechselnde Perioden imperialer bzw. kolonialer Eroberung, Verdrängung und Flucht, wobei die Beziehung zwischen den germanischen und slawischen Stämmen und Clans eine besondere Bedeutung besaß. Das Problem über viele Jahrhunderte (10.–16. Jahrhundert) war,

historischer Perspektive waren das die sogenannten ostelbischen und östlich der Saale liegenden Territorien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation (und deren Stämme bzw. Bevölkerungen), ab dem 17. Jh. insbesondere die Herrschaften in Pommern, Mecklenburg, Anhalt, Brandenburg/Preußen, Sachsen und die Kleinstaaten bis an die Grenze zu Bayern und den hessischen Fürstentümern. Im Weiteren verwende ich auch den Begriff Mitteldeutschland, wenn die Region zwischen der sächsischen und niederschlesischen Provinz Preußens, Sachsen und dann später Thüringen (als Freistaat 1920 gegründet) adressiert wird oder mit Bezug auf die Zeit nach 1990 die drei Bundesländer Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen gemeint sind.

19 Als gute und zugleich streitbare Übersichten zu den hier relevanten Epochen für (Ost-)Deutschland und Sachsen: *Frank-Lothar Kroll*, Geschichte Sachsens, München 2014, 7–79; *Hans-Ulrich Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815, München 1987; *ders.*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen »Deutschen Doppelrevolution« 1815–1845/49, München 1987; *James Hawes*, Die kürzeste Geschichte Deutschlands, Berlin 2019, 51–149; *Christopher Clark*, Preußen. Aufstieg und Niedergang. 1600–1947, München 2007.

dass sich niemand im nach Osten wandernden Grenzraum, den »Ostmarken«, wirklich sicher und dauerhaft beheimatet fühlen konnte, weil neue (Gegen-)Angriffe »aus dem Osten« oder Widerstandshandlungen der slawischen Clans drohten, weil man aber als Thüringer oder Sachse auch selbst sich anschickte, die östlichen Gebiete tiefer zu kolonisieren. Dabei wurden Bauern, aber auch Händler sowohl von den deutschen wie von den slawischen Fürsten in der Regel gegenüber der autochthonen Bevölkerung privilegiert und die Slawen oft als »zweitklassig« behandelt. Das Spektrum der kolonialen und imperialen Beziehungen reichte von Versklavung, Vertreibung bis zu sozialer Überschichtung, so dass die soziale Integration multipler Ethnien in einigen Regionen bis in das 20. Jahrhundert hinein fragil und vielfach konfliktreich blieb. Dazu traten die kriegerischen Auseinandersetzungen um feudale und später absolutistische Herrschaftsansprüche um neue Einflusszonen. Dabei waren für die heute ostdeutschen Regionen nicht zuletzt der preußisch-österreichische Dualismus und die preußisch-sächsischen Auseinandersetzungen prägend. Unter dieser Transit- und Randzonenexistenz in der europäischen Mittellage prägten sich über Jahrhunderte Mentalitäten aus, die in den Ambivalenzen von Fremdherrschaft und Fremdbeherrschung, kolonialen Siegen und imperialer Besetzung oder Teilung durch Dritte, in der Erzeugung und Erduldung von Abhängigkeit sowie der Angst vor äußeren Mächten xenophobe Grundstimmungen sowie ethnisch-regionale kollektive Identifikationsüberschüsse (überbordender Abgrenzungsbedarf und Heimatstolz, Syndrome negativer Identität usw.) erzeugten und stabilisierten.²⁰

(2) Die *Reformation* (ab 1517) hat nicht nur im damaligen Sachsen seinen Ausgang genommen, sondern war auch in Ostdeutschland zwischen Kolberg und Lübeck, Erfurt und Dresden bis nach Breslau besonders durchsetzungsfähig und gesellschaftsprägend, wobei das *Lutheranertum* dominierte. Dieses konnte mit seiner Kombination von Innerlichkeit, paternalistischer und teils ethnifizierter Gemeinschaftskonzeption sowie Obrigkeitsstaatlichkeit an die mentalen Muster des frühen Mittelalters anknüpfen und gab ihnen zugleich eine spezifische Gestalt und Zuspitzung, was durch die Religionskonflikte und den Dreißigjährigen Krieg noch untersetzt wurde. Auf die tatsächlichen und vermeintlichen Gefährdungen der regionalen und religiösen Identität wurde mit der Einkapselung

20 Im Übrigen hat das in durchaus vergleichbarer Weise auch auf der östlichen Seite der Marken stattgefunden, wofür Polen und das polnische Nationalbewusstsein ein instruktives Beispiel darstellen.

(und Überhöhung) des Eigenen und der Abkapselung vom Fremden (und dessen Verkennung wie Missachtung) geantwortet.

(3) Das *absolutistische Zeitalter* (etwa 1650 bis 1830) und *der Barock* führten in ganz Ostdeutschland und besonders in Sachsen (Augusteische Epoche) zu einer gezielten Ergänzung der politisch-militärischen Expansionsbewegungen und Machtzentralisation durch wirtschaftliche Institutionenbildungen und künstlerisch-kulturelle Projekte der Gesellschaftsgestaltung. Im sächsischen Barock korrespondierte eine Hofkultur der Repräsentation und Förderung der Künste, die das Andere und Fremde eher als Ornament denn als widersprüchliches Problem (an)erkannte, die es exotisierte, instrumentalisierte und sozial abwertete, mit einer barocken Volkstümlichkeit, die gesellige Gemütlichkeit, Gastlichkeit und Genuss mit Konservatismus, Attentismus und exkludierender Gemeinschaftsbildung verknüpfte. Im barocken Lebensstil gingen aristokratische und (klein-)bürgerliche Mentalitätsmuster der symbolisch überhöhten Selbstvergewisserung und des stolzen Genießens des Eigenen – auch auf Kosten und unter Ausschluss Dritter – eine eigentümliche Symbiose ein.²¹

4. Die Perspektive der *longue durée* II: Von der beschleunigten Industrialisierung bis zur nationalsozialistischen Herrschaft

Die Periode der beschleunigten Industrialisierung bis zur Herrschaft des Nationalsozialismus (ca. 1820 bis 1945) ist in Ostdeutschland von einem radikalen Gesellschaftswandel gekennzeichnet. Sowohl kulturelle und mentale Erbschaften (siehe 3.) wie besondere sozioökonomische Entwicklungsbedingungen sorgten dafür, dass die partizipativ-demokratischen Ansätze und Institutionenbildungen relativ schnell durch antidemokratische und links- wie rechtsradikale Bewegungen suspendiert wurden und sich Ostdeutschland und darin Sachsen als wichtige Schrittmacher- und Trägerregionen der nationalsozialistischen Herrschaft erwiesen.

Fünf Konstellationen, Entwicklungsdynamiken und Formierungsergebnisse erscheinen besonders relevant:²²

21 Als knapper Überblick für Sachsen: *Kroll*, *Geschichte Sachsens* (s. Anm. 19), 51–68.

22 Als Überblicke zu diesen Zeitperioden: *Clark*, *Preußen* (s. Anm. 19); *Kroll*, *Geschichte Sachsens* (s. Anm. 19), 34, 69–113; *Hans-Ulrich Wehler*, *Deut-*

(1) Der seit Anfang des 19. Jahrhunderts erfolgende *Industrialisierungsschub* generierte nicht nur neue soziale Klassen bzw. Klassenfraktionen (wie die Industrieproletarier oder die neue Mittelklasse), sondern auch neue soziale Kämpfe um Anerkennung und Umverteilung. Infolge des gerade im Osten des Kaiserreiches durch die spätabolutistische Herrschaft und lutherische Staatskirche besonders ausgeprägten *ständischen*, auf Konservierung, Paternalismus und Abschottung gegenüber fremden Gruppen setzenden Habitus wurden erste Versuche der Institutionalisierung demokratischer und neuer ökonomischer Teilhaberechte teils verzögert, teils nur marginal umgesetzt, teils auch wieder aufgehoben.²³ Zugleich besaßen wichtige ostdeutschen Regionen, herausragend Sachsen, eine Avantgarde-Funktion in der Formierung bürgerlicher und proletarischer Empörungs- und Protestkulturen, wie die Aufstände in der bürgerlichen Revolution 1848/49 und die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie (»Rotes Sachsen«) eindrücklich belegen.²⁴

(2) Die *kapitalistische Industrialisierung* in Mitteldeutschland und vor allem in Sachsen konzentrierte sich mit einigen regionalen Schwerpunkten bis in das 20. Jahrhundert hinein auf Sektoren, Branchen und Industrien, die zunächst hohe Wachstumsdynamiken verzeichneten (z. B. Textil-, Spiel- und Musikinstrumentenindustrie oder Teile des Berg- und Maschinenbaus), wobei der Anteil von kleineren und mittelständischen Unternehmen besonders hoch war.²⁵ Zugleich gehörten diese Sektoren bereits ab der Jahrhundertwende nicht mehr zu den technisch-technologischen Schrittmachern, wie es die Elektrotechnik oder die Chemieindustrie darstellten. Die mitteldeutsche und gerade die sächsische Industrie erwiesen sich daher als zunehmend vulnerabel gegenüber billiger Konkurrenz (nicht zuletzt aus dem Osten), Weltmarkturbulenzen und Überakkumulationskrisen. Dieses partielle Zurückbleiben und die Krisenanfälligkeit eskalierten in der *Weltwirtschaftskrise 1929–1932*, in der hunderte mittelständische Industriebetriebe Konkurs anmelden mussten, und eine weit

sche Gesellschaftsgeschichte, Band 3: Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 1995; *ders.*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003; *Hawes*, Geschichte Deutschlands (s. Anm. 19), 150–276.

23 Als knapper Überblick für Sachsen: *Kroll*, Geschichte Sachsens (s. Anm. 19), 83–95.

24 *Kroll*, Geschichte Sachsens (s. Anm. 19), 88–106.

25 1846 betrug der Anteil der in der sächsischen Textilindustrie Beschäftigten an allen Erwerbstätigen 34 %. Vgl. *Kroll*, *Geschichte Sachsens* (s. Anm. 19), 86.

über dem Durchschnitt des Deutschen Reiches liegende Arbeitslosigkeit grassierte (1933 in Sachsen fast 40 %).²⁶

(3) *Politisch-kulturell* und *praktisch-politisch* verdichteten sich diese aufgeschichteten (Volks-)Mentalitäten, politischen Herrschaftsstrategien und Protestbewegungen sowie sozioökonomischen Strukturen und krisenhaften Dynamiken in einer rasch wachsenden Skepsis, ja Distanz gegenüber den seit 1918/19 endlich gewonnenen demokratischen Freiheits- und Teilhabeinstitutionen, die in den Augen vieler die versprochenen Wohlfahrtsgewinne und Aufstiegschancen nicht zu realisieren vermochten, sondern in jeder Hinsicht zu versagen schienen. Mehr noch, die gerade in Mitteldeutschland besonders starken Empörungs- und Protestbewegungen radikalisierten sich. Daran hatten weite Teile des Proletariats Anteil, aber auch des massiv von Statusverlusten bedrohten Klein- und Großbürgertums. Das zeigte sich ab 1930 in einem raschen Anwachsen der Mitglieder und der Unterstützung links- wie rechtsradikaler Parteien und Vereine (v. a. der KPD und NSDAP). Folgerichtig besaßen diese ihre Hochburgen in den ländlichen protestantischen sowie traditionell industrialisierten Kreisen und Städten.²⁷ In der Reichstagswahl 1930 erreichten in Sachsen eindeutig autoritär oder antidemokratisch orientierte Parteien einen Stimmenanteil von etwa 65 %, im März 1933 fast 75 % (gegenüber im katholisch geprägten Freistaat Baden 1930 unter 50 %, 1933 ca. 60 %).²⁸

(4) Das *nationalsozialistische Herrschaftsregime* verdankte daher seinen rasanten Aufstieg, seine Konsolidierung und Herrschaftssicherung bis 1945 sozialstrukturell und subkulturell nicht nur den besonderen bayerischen Gegebenheiten und Münchner Milieus, sondern auch und wesentlich den (im heutigen Sinne) ostdeutschen, darin nicht zuletzt sächsischen

26 *Konstantin Hermann/André Thieme*, *Sächsische Geschichte im Überblick. Texte, Karten, Grafiken*, Leipzig/Dresden 2013, 173; *Kroll*, *Geschichte Sachsens* (s. Anm. 19), 107.

27 Die erste Ortsgruppe der NSDAP außerhalb Bayerns wurde 1921 in Zwickau gegründet.

28 Dabei wurden jeweils die KPD, NSDAP, DNVP und weitere Kleinparteien im autoritären, durchweg rechtsnationalistischen, teils rechtspopulistischen Spektrum addiert (im Zweifelsfall auch nur zu 50 %). Auf demokratischer Seite wurden insbesondere SPD und Zentrumspartei (sowie einige Kleinparteien wie die DVP) zusammengerechnet. Die Wahlstatistiken für die ausgewählten Länder und die Ergebnisse für die Parteien in den Wahlen 1930 und 1933 finden sich online: <http://www.gonschior.de/weimar/index.htm> (Abruf 22.07.2023).

Gesellschafts- und Mentalitätsformierungen. Die Sehnsucht nach wirtschaftlichem Stauerhalt oder -wiedergewinn nach den katastrophalen Verlusten in der Weltwirtschaftskrise, die auch wegen der preußischen Dominanz verbreitete Distanz und der Protest gegenüber den demokratischen Institutionen der Weimarer Republik, die Attraktivität einer lutherisch grundierten, exklusiv und vielfach ethnisch, wenn nicht rassistisch interpretierten Volksgemeinschaft unter einer charismatischen staatlichen Führung, der Wille, sich endlich gegen die Vorwürfe, Entwertungen und Demütigungen des Versailler Vertrages und der westlichen, vor allem aber auch östlichen Nachbarn deutlich zur Wehr zu setzen, wie auch die hohe Organisationsbereitschaft in Sachsen und Mitteldeutschland insgesamt repräsentierten *entscheidende soziale und (politisch-)kulturelle Bausteine für die besonders hohe Legitimität des NS-Regimes in dieser Großregion und die Engagementbereitschaft weiter Teile der Bevölkerung im und für das Regime*. Der Gau Sachsen der NSDAP besaß 1935 mit 9,4 % den höchsten Anteil aller Gaue an der Gesamtmitgliedschaft der Partei.²⁹ Das war kein Zufall.

(5) Angesichts dieser Kontexte und Anschlussfähigkeiten ist es evident, dass die nationalsozialistische Ideologie und Herrschaftspraxis gerade in Mitteldeutschland und den östlichen Teilen Preußens mit ihrer Gewaltkultur, mit Rassismus und Antisemitismus sowie mit Führerkult und Volksgemeinschaft mehr noch als in anderen Regionen des Reiches als attraktiv erfahren wurde, Wurzeln schlug und bis zum Ende des Regimes effektiv funktionierte.³⁰

5. Die Perspektive der *longue durée* III: Der Staatssozialismus und seine revolutionäre Überwindung

Der Staatssozialismus in der DDR (1946/49–1989) schloss in bestimmter Hinsicht an diese totalitären Regimeverfassungen und die sie mit tragenden Mentalitätsmuster und politischen Kulturen an. Zu seinen Bestimmtheiten und Prägungen gehörten kulturelle Homogenisierungsstrategien,

29 Armin Nolzen, Die sächsische NSDAP nach 1933. Sozialstrukturen und soziale Praktiken, in: Günther Heydemann /Jan Erik Schulte/Francesca Weil (Hg.), Sachsen und der Nationalsozialismus, Göttingen 2014, 43–58, hier 45 f., Tab. 1.

30 Für Sachsen: Heydemann u. a., Sachsen (s. Anm. 29).

eine versteckte Xenophobie sowie eine gleichzeitige Unter- und Überpolitisierung der Gesellschaft unter nicht-demokratischen und zentralistischen Vorzeichen. Insgesamt mündete das in die Formierung eines eigentümlichen »real-sozialistischen Populismus«. Seit den 1970er Jahren erodierte das staatssozialistische Herrschaftsregime und wurde im Herbst 1989 in der Friedlichen Revolution gestürzt, in der sich rasch neue (rechts-)populistische Syndrome zeigten.

Etwas genauer können die staatssozialistischen und revolutionären Formierungslogiken wie folgt umrissen werden:³¹

(1) Die in der DDR seit den frühen 1950er Jahren angestrebte *Zerstörung der bürgerlichen Mittel- und Oberklasse(n)* bedeutete nicht nur die Beseitigung der wesentlichen Trägerschicht politischer Autonomie- und Mitbestimmungsbegehren, sondern auch des im engeren Sinne politischen und zivilgesellschaftlichen Engagements sowie weltoffener und plural orientierter Lebensstile und Kulturen,³² auch wenn das Herrschaftsregime dieses Ziel nicht gänzlich erreichte, schon weil man auf die Schicht der »Intelligenz« angewiesen war und sich Lebenswelten nicht vollständig politisch kontrollieren lassen. Weder die Residuen bürgerlicher Lebensweisen, wie sie insbesondere in konservativ-lutherischer Variante im Süden der DDR (Zentrum: Dresden) gepflegt wurden, noch der propagierte »proletarische Internationalismus« oder die Versuche der Etablierung einer staatssozialistischen Kunst und Kultur unter Bezug auf das Welterbe taugten als Ersatz oder ernsthaftes Alternativprogramm. Die sogenannte »sozialistische Zielkultur« (*Winfried Thaa*) verkörperte einen in sich widersprüchlichen Volkserziehungsansatz, der bis zum Ende einen

31 Als Überblicke zum Staatssozialismus in der DDR: *Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr* (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994; *Kurt H. Jarausch* (Hg.), *Dictatorship As Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR*, Oxford/New York 1999; *Dieter Staritz*, *Geschichte der DDR 1949–1990. Moderne Deutsche Geschichte 11*, Frankfurt a. M. 1996; *Hans-Ulrich Wehler*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990*, München 2008. Zusammenfassend für Sachsen: *Kroll*, *Geschichte Sachsens* (s. Anm. 19), 114–120.

32 Innerhalb dieser »Zerstörung« stellte die Emigration hunderttausender Angehöriger dieser Klassen erst in die westlichen Besatzungszonen und ab 1949 in die Bundesrepublik ein entscheidendes Element mit Langzeitfolgen für die ostdeutschen politischen Kulturen dar. Dass – wie eben erläutert – diese Klassen gerade in Sachsen und Mitteldeutschland keineswegs immun gegenüber rechts-populistischen und -radikalen Ideologien waren, entwertet dieses strukturelle Argument nicht, unterstreicht aber auch hier die Notwendigkeit einer Kontextualisierung und Spezifizierung.

proletarisch grundierte, auf soziale Homogenität zielende Freund-Feind-Schemata praktizierte.³³ Trotz des Verordnungscharakters waren diese Orientierungen aber in der »durchherrschten Gesellschaft« der DDR (*Alf Lüdtke, Jürgen Kocka*) wirkmächtig, zumal sie an tradierte Mentalitätsmuster gerade der proletarischen und ländlich-kleinbürgerlichen Schichten anschließen konnten (siehe 3 und 4).

(2) Mit Blick auf die politisch-kulturellen Erbschaften des Staatssozialismus ist zunächst die gleichzeitige und widerspruchsgeladene *Über- und Unterpolitisierung der Gesellschaft* hervorzuheben.³⁴ Überpolitisierung bezieht sich auf den in modernen totalitären und autoritären Ordnungen omnipräsenten Versuch, jeden gesellschaftlichen Aspekt und jedes Lebensproblem zum Gegenstand zentralisierter staatspolitischer Kontrolle und Formierung werden zu lassen. Das hat vor allem mit der Idee der totalen und wesentlich staatlich-politischen Umgestaltung der Gesellschaft und Erzeugung des »neuen Menschen« zu tun, zugleich aber auch mit der erfahrungsgesättigten Angst, dass gerade in Diktaturen alles Private politisch wird, da es potenziell die (totale) Herrschaft herausfordert. Daher erscheint das Politische im Kern als Staatliches, das wiederum mit der Gesellschaft verschmolzen wird. Zugleich findet – im begrifflichen Sinne *H. Arendts*³⁵ – die Auslöschung des Politischen oder »Atomisierung der Gesellschaft« statt. Das Politische als freies Miteinanderhandeln verschiedener Individuen zur Bearbeitung gemeinsamer Angelegenheiten³⁶ wird ersetzt durch hierarchisches, zentralistisches und parteiliches politisch-administratives Handeln, das durch die »Transmissionsriemen« (*Lenin*) der staatlich kontrollierten gesellschaftlichen Organisationen³⁷ bis

33 Ostmittel- und Osteuropäer wurden trotz aller Brüderlichkeits- und Solidaritätspropaganda nicht nur vom »gemeinen Volk«, sondern auch von der Mehrheit der Funktionsärsklasse als fremdartig, minderwertig, Habenichtse oder selbst als Okkupanten der ehemaligen Ostgebiete betrachtet. Ähnlich, aber exotisierend und zugleich exkludierender wurden nichteuropäische Ausländer und Arbeitskräfte (aus z. B. Algerien oder Vietnam) behandelt.

34 Diese Über- und Unterpolitisierung trifft auch – wenngleich mit anderen Vorzeichen, Mechanismen und Eskalationsdynamiken – den Nationalsozialismus, weshalb auch diesbezüglich Anschlussfähigkeiten bestanden (siehe ausführlich *Hannah Arendt*, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986).

35 Vgl. ebd.

36 Vgl. *Hannah Arendt*, *Was ist Politik?*, München 2003.

37 Diese umfassten – von der Jugendorganisation der Partei (FDJ) und Gewerkschaften (FDGB) bis zu den Sportvereinen – alle (halb-)freiwilligen Assoziationen der Zivilgesellschaft bzw. des Dritten Sektors. Nur kirchlich

zum Individuum hinabreicht, es beobachtet, institutionell steuert und ver-gemeinschaftet. Ein demokratisches intermediäres System gibt es daher so wenig wie eine autonome Zivilgesellschaft.³⁸ Habituell resultierte das in einem staatszentrierten Politikverständnis, in dem sich die individualisierte Adressierung des Staates als allzuständige Instanz, »Pflicht-übungen« des Engagements in den gesellschaftlichen Organisationen sowie der Rückzug in private Lebensweltnischen in paradoxer Weise mit Systemmisstrauen, einer allgemeinen Staats-, Eliten- und Institutionenkritik sowie einem vielfach attentistischen Wir-hier-unten-die-da-oben-Dualismus verband. Für eine Mehrheit delegitierte sich das staatssozialistische Herrschaftsregime nicht in erster Linie durch seine demokratischen Beteiligungsdefizite, sondern – *output-orientiert* – durch die gravierenden Einschränkungen in der Reise- und Meinungsfreiheit sowie durch die Mangelwirtschaft, namentlich im Konsumgüterbereich. Insofern lässt sich in der Tat von einem »*real-sozialistisch-populistischen*« Syndrom sprechen: Das werktätige, dabei ethnisch verstandene DDR-Volk bringt sich gegen den versagenden Fürsorgestaat in Stellung, von dem es in paternalistischer Weise zugleich die Verbesserung der Lage einfordert. Diese depolitisierte Anspruchshaltung akzeptierte sogar die Politbürokratie und versuchte sie ab Anfang der 1970er Jahre mit einer Strategie der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« zur Sicherung des Machtmonopols der kommunistischen Partei zu nutzen. Der real-sozialistische Populismus beschränkte sich also keineswegs auf distanzierte oder illoyale Bevölkerungsgruppen, sondern trug und bestimmte das Herrschaftsregime in seiner letzten Phase wesentlich. Nur eine kleine Minderheit von linksliberal oder radikal-demokratisch orientierten Reformern der Intelligenzija sowie kirchlich eingebetteten Oppositionsgruppen hielten dem eine Programmatik dezidiert *politischer* Selbstorganisation und autonomer Demokratieerfahrung entgegen.

gebundene Organisationen konnten sich dem ernsthaft entziehen (dazu *Kaelble* u. a., Sozial-geschichte [s. Anm. 32]; *Jaraus*, Dictatorship [s. Anm. 31]).

- 38 Das bedeutet freilich nicht, dass in der DDR gar kein Kennenlernen von und Einüben in demokratische Mitbestimmungsverfahren gab. In den »Grundeinheiten« all dieser Organisationen (Schulklassen, Arbeitsgruppen, Ortsgruppen usw.) war die Kontrolle – v. a. ab den 1970er Jahren – im Regelfall beschränkt und bestanden Freiräume für eigensinnige Projekte, Aushandlungsprozesse und Entscheidungen – soweit sie die Macht der Partei nicht in Frage stellten.

(3) Das anhaltende, ja eskalierende Versagen der sozialistischen Planwirtschaft in Relation zum »goldenen Westen« der 1970er und 1980er Jahre, die gerontokratische Unfähigkeit zu ernsthaften politischen Veränderungen und kulturellen Öffnungen sowie die Reformen in der Sowjetunion ab 1985 sowie Polen und Ungarn ab 1988 führten unter Beschleunigung durch erste Grenzöffnungen zwischen Österreich und Ungarn und der daraufhin einsetzenden Fluchtmigration zu einer *Herrschaftskrise*, die im Herbst in die »*Friedliche Revolution*« überging. Mitteldeutschland und herausragend Sachsen spielten in der revolutionären Dynamik und dem Sturz des alten Regimes eine Schlüsselrolle, wie die ersten Massendemonstrationen in Leipzig oder Plauen Anfang Oktober 1989 unter Beweis stellen.³⁹

Drei Gründe sind hervorzuheben, warum und mit welcher politischen Ausrichtung gerade Sachsen als Hort der Revolution gefeiert werden kann:

(a) In den sächsischen Kernbezirken zeigten sich die systematischen Mängel der Plan- und Kommandowirtschaft sowohl mit Blick auf den Vorkriegswohlstand wie hinsichtlich der Wirkungen (ländliche Infrastruktur, Altstadtverfall, Luftverschmutzung infolge der Braunkohleverstromung usw.) am deutlichsten.

(b) Sachsen verfügte über die intensivste, langfristig gewachsene Identifikation der Bürger:innen mit der Heimatregion (Kurfürstentum/Königreich Sachsen und/oder lokale Heimatregionen wie das Vogtland), die ein wesentliches Kritik- und Widerstandspotential gegenüber dem »demokratischen Zentralismus« des SED-Regimes und seinem zudem (vielfach verhassten) »preußischen« Zentrum bereitstellten und kanalisierten.

(c) Sachsen und Mitteldeutschland besaßen die stärksten Traditionen (klein-)bürgerlichen und proletarischen Protests in Ostdeutschland, wie sich noch in der Arbeiterrebellion 1953 gezeigt hatte.

(4) In der revolutionären Bewegung zwischen Sommer 1989 und Mitte 1990 erfuhren weite Teile der ostdeutschen Bevölkerung – von den oppositionellen Gruppen über die (halb-)loyalen Mittelschichten bis zu den mittleren »Kadern« der Funktionseliten des Regimes – eine *revolutionäre politische Mobilisierung* und zugleich die Wirkmächtigkeit *kollektiven politischen Protests auf der Straße* gegenüber staatlicher Herrschaftsmacht. Namentlich in Sachsen, aber keineswegs nur dort, transformierte sich bereits im Dezember 1989 der politische Diskurs der Straße

39 Dazu *Ilko-Sascha Kowalczyk*, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009; *Michael Richter*, Die Friedliche Revolution: Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, Göttingen 2011.

und wichtiger Gruppen der neu entstandenen Bewegungen und Parteien in Richtung etatistisch-rechtspopulistischer Orientierungen und Handlungsziele: von »Wir sind das Volk!« zu: »Wir sind ein Volk!«, vom Hoffen auf einen autonomen demokratischen Neuansatz hin zur Überhöhung der westdeutschen CDU/CSU und Kanzler *Kohls* zum Heils-, also westdeutschen Wohlstandsbringer, vom politischen Experiment der Bürgerbewegungen und Runden Tische zum Beitritt zur Bundesrepublik und Anpassung an deren Ordnungen und Kulturen. Dieser Übergang zeigte sich auch im Umgang mit »Anderen«. Nach der Auflösung der autoritären Staatsmacht und ihrer Ordnungsroutinen wurden gerade jenseits der urbanen Zentren linke Jugendkulturen vom rechten, also rechtspopulistischen und rechtsradikalen Mob ebenso attackiert wie alle nichtdeutsch erscheinenden Bevölkerungsgruppen – egal ob es Arbeits- oder Fluchtmigrant:innen waren. Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen sind dafür nur zwei herausragende Beispiele.

6. Postsozialistische Transformation und deutsche Vereinigung

Mit dem Thematisieren des postsozialistischen Transformations- und deutschen Vereinigungsprozesses nach 1990 bewegt sich die politisch-mentalitätsgeschichtliche Analyse in Richtung der *moyenne*, dann auch der *courte durée* und damit in den unmittelbaren Erlebens- und Erfahrungsraum der großen Mehrheit der heute aktiven ostdeutschen Bürger:innen. Grundsätzlich beinhaltete der post-revolutionäre »Beitritt« der (damals) neuen Länder zum Geltungsbereich der Grundgesetzes (nach Art. 23 des GG) die rechtliche und breiter institutionelle Absicherung der Freiheitsgewinne des Herbstes 1989 sowie für eine Mehrheit der Bevölkerung auch substanzielle materielle Wohlstandsgewinne (Umweltschutz, Konsumgüter, Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, Wohnungen, Gebäude und Stadträume, Qualität der Gesundheitsversorgung usw.). Zugleich stiftete der Beitritts- und Vereinigungsprozess einen anhaltenden (Be-)Handlungs- und Erfahrungsraum multipler Enteignungen, Entwertungen und Enttäuschungen (von Grundeigentumsrechten über Berufsqualifikationen und sozialen Anspruchsrechten für einzelne Gruppen bis zu Missachtungserfahrungen).

Die Kontexte und Dynamiken, Institutionen und Akteure sowie politisch-kulturellen Folgen des Vereinigungsprozesses seit Anfang 1990

sind aus sozial- und geschichtswissenschaftlicher Perspektive mittlerweile vielfach beschrieben, aufgeklärt und kontrovers diskutiert worden.⁴⁰ Hier soll exploriert werden, warum und mit welchen Entwicklungslogiken die in der *longue durée* tradierten Mentalitätsmuster (3.–5.) im gesellschaftlichen Umwälzungs- und Vereinigungsprozess zur Formierung der gegenwärtigen rechtspopulistischen Formationen in Ostdeutschland (siehe oben 2.) führten. Fünf Zeitabschnitte und wellenförmige Aufschichtungsprozesse sind herauszustellen:

(1) Die durch die in weiten Teilen marode DDR-Wirtschaft und die Beitrittslogik verursachte Wirtschaftskrise und Deindustrialisierung der »neuen Länder« (1990–1992), aber auch Phänomene einer Abwertung der Ostdeutschen in der Öffentlichkeit vor dem Hintergrund ihrer Unkenntnisse und Hilfebedürftigkeit begründeten *erste herbe Erwartungsenttäuschungen*. Bereits ab Juli 1990 formierten sich daher (*Massen-*)*Proteste* gegen (angekündigte) Betriebsschließungen, »Abwicklungen« von Bildungs-, Forschungs- und Kultureinrichtungen sowie Enteignungen (Besitz- und Einkommensrechte aller Art, z. B. im Rentenrecht) oder berufliche Entwertungspraktiken (wie die Nichtanerkennung von Bildungsabschlüssen). Der sich rasch auf die Privatisierungspraxis der Treuhandanstalt (THA) konzentrierende, aber nicht darauf beschränkte Sozialprotest war – bis auf punktuelle Ausnahmen – nicht (nachhaltig) erfolgreich. Das galt ebenso für die Kritik und alternative Strategieentwürfe zur ostdeutschen Transformation, wie sie durch Protestakteure oder von ostdeutschen Lokalgliederungen der etablierten bundesdeutschen politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen (Parteien, Vereine,

40 Als exemplarische Bände der letzten zwei Dekaden: *Heinrich Best/Everhard Holtmann* (Hg.), *Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, Frankfurt a. M./New York 2012; *Marcus Böick/Constantin Goschler/Ralph Jessen* (Hg.), *Jahrbuch Deutsche Einheit*, Berlin 2020; *Ulrich Busch/Michael Thomas* (Hg.), *Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration*, Berlin 2015; *Oscar Gabriel* u. a. (Hg.), *Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen*, Bonn 2015; *Raj Kollmorgen/Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Dienel* (Hg.), *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*, Wiesbaden 2011; *Ilko-Sascha Kowalczyk*, *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*, München 2019; *Peter Krause/Ilona Ostner*, *Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010*, Frankfurt a. M./New York 2010; *Andreas Rödder*, *Deutschland einig Vaterland: Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009.

Verbände, Verwaltungen) formuliert wurden. Sowohl die Enttäuschungen über die »neuen Herren« wie das Zerschellen der allermeisten Alternativvorschläge an den bundes-, also wahrgenommen: *westdeutschen Machtzentralen*, aber selbst noch die marginalen Erfolge des Protestes jenseits etablierter Formen (wie durch Betriebsbesetzungen) gaben den tradierten populistischen Mentalitäten (Etatismus und Protestorientierung, politische Institutionen- und Elitenkritik, Wir-Sie-Dualismus usw.) neue Nahrung und rekonstruierten sie unter den veränderten Bedingungen. In diesen Jahren äußerte und formierte sich dieser Protest stärker auf der *linken* politischen Seite.⁴¹ Vielen erschien die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) als einzige konsequente system- und elitenkritische Kraft mit einem Verständnis für die Arbeits- und Lebenswelten sowie Erfahrungsräume der Ostdeutschen. Sie galt beachtlichen Bevölkerungsgruppen als einzig wahre und politisch relevante Stimme des Ostens (mit Wahlerfolgen von 10 bis 23 % zwischen 1990 und 1994).

(2) Die weiteren 1990er Jahre (ca. 1993–2002/2004) waren für eine Mehrheit der Ostdeutschen und insbesondere in den ländlich-peripheren Regionen durch *anhaltende Ohnmachts- und Abwertungserfahrungen* geprägt.⁴² Das gründete auf Langzeitarbeitslosigkeit und unsicherer Beschäftigung, geringe(re)n Löhnen und Einkommen ebenso wie auf Erwerbstätigkeit in Dependancen westdeutscher Großunternehmen (»Werkbank«) oder den Transfer von Westdeutschen auf Führungspositionen im

41 Stärker heißt indes nicht, dass es nicht schon zu dieser Zeit auch rechtspopulistische und rechtsradikale Bewegungen und Akteure gegeben hätte. Teils schlossen diese an ältere Szenen an (wie den Skinheads), teils erhielten sie »Aufbauhilfe« in Gestalt von Führungspersonal, Finanzen und ideologischer Bildung aus dem Westen, wie sich an der *Deutschen Volksunion* (DVU) oder der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) gut rekonstruieren lässt. Als kurze Problematisierung: *Christian Werner*, Die NPD in Ostdeutschland, vom 11.07.2018, online: <https://www.mdr.de/zeitreise/npd-im-osten-rechtsextremismus-nsu100.html> (Abruf 03.10.2020); breiter: *Kowalczyk*, Die Übernahme, 215 (s. Anm. 40).

42 Wenn hier und im Weiteren Erfahrungen beschrieben und begrifflich gefasst werden, geht es immer um (*inter-*)*subjektiv verarbeitete Wirklichkeit und deren diskursive Formierung wie Bedeutung*. Damit wird weder behauptet, dass andere Gruppen diese auch so wahrnahmen und ähnliche Erfahrungsbestände aufhäufte, noch dass die darauf basierenden Einschätzungen und Werturteile gut, rational oder gar »objektiv« korrekt waren. Objektive Erfahrungen gibt es nicht – wohl aber kritisierbare Geltungsansprüche von verallgemeinerten Aussagen, Bewertungen und abgeleiteten Politikinhalt in Reflexion je eigener Erfahrungen.

Osten. Es resultierte in der Abwanderung Hunderttausender in die westlichen Bundesländer und verschob die Sozialstrukturen im Osten nachhaltig in Richtung Ältere, Männer und geringer qualifizierte bzw. immobilere Arbeitskräfte. Politisches und zivilgesellschaftliches Engagement schien – so nahm es eine Mehrheit wahr – daran kaum etwas ändern zu können. Die westlichen Machtzentralen blieben für die Umverteilungs- und Anerkennungsbedürfnisse der Ostdeutschen taub und konnten offenbar ebenso wenig verstehen, dass viele Ostdeutschen angesichts ihrer Verlustängste und Entfremdungserfahrungen von der Aufnahme auch nur weniger Fluchtmigrant:innen oder von multikultureller Gesellschaftlichkeit nichts hielten, was an alte Xenophobien anschloss und zugleich radikalisiert werden konnte. Fremdenfeindlichkeit versprach alternative Anerkennungs- und Machtpotentiale. Die sogenannte Politik(er)verdrossenheit und die Distanz zu den Institutionenordnungen sowie etablierten Teilhabeorganisationen der Bundesrepublik wuchs weiter. Wer von den Angehörigen gerade der mittleren Generation (der damals 30–55-Jährigen) nicht abwandern wollte oder konnte, stürzte sich daher in (weitgehend) autonom zu gestaltende Sphären jenseits von Politik und Öffentlichkeit (eigenes Gewerbe, Konsum, Freizeit). Zugespitzt formuliert, wollten gerade die Angehörigen der Unter- und Mittelschichten wenigstens hier den Anspruch der Freiheit, der Leistungsgesellschaft und der Angleichung von Ost und West schrittweise durch eigene Anstrengung einholen – und zugleich »dem Westen« demonstrieren, wozu man/frau in der Lage ist. Sachsen ragte hier mit Thüringen und Teilen Sachsen-Anhalts besonders hervor, was auch mit Blick auf seine Geschichte höchst plausibel erscheint.

(3) Die *zweite massive Enttäuschungs- sowie anschließende Empörung- und Protestwelle* war in den frühen 2000er Jahren, genauer zwischen 2004 und 2006, in Ostdeutschland zu beobachten. Sie verdankte sich einerseits der Verlangsamung des Angleichungsprozesses in praktisch allen Dimensionen (vom BIP bis zum Vermögen) seit Ende der 1990er Jahre, andererseits und konkret den Regelungen und Wirkungen der *Agenda 2010-Politik*, vor allem der Hartz-I-IV-Gesetzgebung (2003–2005).⁴³ Sie traf gerade in Ostdeutschland auf einen bereits prekären Arbeitsmarkt und weitete diesen erheblich aus, wodurch die *Abstiegs- und*

43 Analysen dazu u. a. bei *Busch/Thomas*, Ein Vierteljahrhundert (s. Anm. 40); *Kollmorgen* u. a., Diskurse (s. Anm. 40); *Kowalczyk*, Die Übernahme (s. Anm. 40); *Krause/Ostner*, Leben (s. Anm. 40); vgl. auch die Jahresberichte der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit ab 2002.

Verarmungsrisiken noch einmal zunehmen (These 2). Dabei erschienen den Ostdeutschen die Hartz-IV-Gesetze in besonderer Weise ungerecht: Sie konnten im Bedarfsfall systematisch weniger als Westdeutsche auf alternative Einkommen und Vermögen zurückgreifen. Vielmehr war das Erreichte eben das hart durch eigene Arbeit nach der Vereinigung Verdiente, dasjenige also, wofür man Anerkennung und schrittweise Wohlstandsangleichung gegenüber dem Westen erhoffte. Zudem verstanden sich die Ostdeutschen stärker noch als westdeutsche Arbeitnehmer:innen als ›Opfer‹ eines Systemversagens. Die Versuche, über die etablierten Partizipationsverfahren in Parteien (namentlich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands SPD) und Verbänden Widerstand und Abänderungen herbeizuführen, fruchteten kaum. Daher wurden erneut Massenproteste, die *neuen »Montagsdemonstrationen«*, sowie alternative Empörungsforen organisiert. Wieder reagierte die ›politische Klasse‹ in den Augen der Betroffenen nur mit hohlen Phrasen und Revisionsankündigungen für die Zukunft. In Ostdeutschland ließ das die Distanzierung und das Misstrauen gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Institutionenordnungen und ihrem (Führungs-)Personal auf neue Höchststände steigen.⁴⁴ Zugleich erhielten Parteien und Initiativen – auch in Wahlen – Zulauf, die sich als Fundamentalopposition links oder rechts der die Regierung tragenden Mitte-Parteien (SPD, CDU/CSU, Grüne) positionierten, namentlich PDS/Die Linke, aber auch rechtsradikale Parteien (NPD, DVU, Republikaner).

(4) Die letzte Verunsicherungs-, Enteignungs- und Enttäuschungswelle war um die Jahre 2007/2008 gerade halbwegs bewältigt, als sich bereits die *nächste Welle* aufbaute. Gerade in Ost- und vor allem Mitteldeutschland blieb es für eine überwältigende Mehrheit nicht nachvollziehbar und der blanke Hohn, dass für sie als ostdeutsche Erwerbstätige noch vor wenigen Jahren keine Finanzmittel für den Erhalt des deutschen Wohlfahrtsstaates zu Verfügung standen, so dass die Agenda-Politik 2010 »alternativlos« erschien, nun aber in der *Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise 2008–2010/11* – so eine Mehrheitsmeinung – nicht nur für die einheimischen und globalen Großbanken, sondern auch noch für die wenig(er) hart arbeitenden, aber hohe Wohlfahrtsleistungen beziehenden

44 Helmut Rainer/Clara Albrecht/Stefan Bauernschuster u. a., Deutschland 2017 – Studie zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland, ifo Forschungsberichte 96 (Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie), München 2018, 93–99.

Griechen Milliarden an Zahlungen und Krediten vorhanden waren. Während ihnen also die nationale Binnensolidarität verweigert wurde, sollten sie europäische Solidarität in ungeahnten Höhen zeigen. Erneut wurden (rechts-)populistische Syndrome der Elitenkritik, des Institutionenmisstrauens und der Abwendung von ihnen – diesmal auch gegenüber Europa – gestärkt.

(5) Die *vierte Welle von Enttäuschung, Empörung und Protest* wurde 2015/16 durch die Aufnahme hunderttausender Geflüchteter aus Syrien, Irak, Afghanistan, aber auch von neuen Arbeitsmigrant:innen aus süd-osteuropäischen und afrikanischen Ländern ausgelöst. Die massenhaften Aufenthaltsgenehmigungen wie die humanitäre Versorgung dieser Migrant:innen auch in Einrichtungen ostdeutscher Klein- und Mittelstädte wurde für eine große Bevölkerungsgruppe, deren Anteil im Osten im Bereich von 35–65 % aller Erwachsenen liegen dürfte,⁴⁵ zu einer *neuen Enttäuschungs- und Entfremdungserfahrung*. Nicht nur, dass damit tausende »Fremde« in die ostdeutschen »Heimaten einströmten« und für die eingekapselten Gemeinschaften als Bedrohung ihrer geschützten Lebensweisen erschienen, was xenophobe Reflexe und Routinen auslöste und verstärkte. Auch der massenhafte Bezug »leistungslosen Einkommens« auf dem Niveau des deutschen Sozialstaates – wiederum vor dem Hintergrund der ostdeutschen Enteignungs- und sozialen Verunsicherungsgeschichte – stieß einer Mehrheit der ostdeutschen »Mitte« bitter auf. Vor allem aber radikalisierte sich in diesen Gruppen eine *doppelte Enttäuschung*: einmal gegenüber der offenkundigen Irrelevanz der ostdeutschen Mehrheitsmeinung für die Gestaltung der Migrationspolitik, zum anderen gegenüber der linksliberalen politischen und massenmedialen Kritik an eben dieser Haltung vieler Ostdeutscher und ihren ersten Protesten, wie sie sich in Dresden durch PEGIDA in besonders deutlicher Weise organisierten. Die empörte Artikulation einer fundamentalen rechtspopulistischen

45 Diese Größenordnung basiert sowohl auf Wahlergebnissen wie auf Umfragedaten. Als Überblicke für Ostdeutschland und/oder Sachsen: *Lisa Beckmann*, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen 2008–2011 (im Vergleich zu 2002–2005). Expertise im Rahmen der Evaluation des Programms »Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz«, Bielefeld 2012; *Oliver Decker/Elmar Brähler* (Hg.), Flucht ins Autoritäre. Rechts-extreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen 2018; *Gabriel* u. a., Deutschland 25 (s. Anm. 40); *Beate Küpper*, Rechtspopulistische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland, in: *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft* (Hg.), Wissen schafft Demokratie, Jena 2017, 90–103; *Rainer* u. a., Deutschland 2017 (s. Anm. 44).

Institutionen- und Elitenkritik von »Volksverräter!« bis »Lügenpresse!« waren die eine Folge (siehe oben 1. und 2.), die ›Suche‹ nach einer politischen Kraft, welche die alternativen Ideen, Interessen und Programmatiken aufzunehmen und in die etablierten politischen Entscheidungsstrukturen einzuspeisen und dort durchzusetzen vermag, die zweite. Die Partei Die Linke kam dafür angesichts ihrer links-liberalen Migrationspolitik, ›Verwestlichungstendenz‹ und jahrzehntelangen (scheinbaren) Wirkungslosigkeit unmöglich in Frage, wohingegen die AfD, namentlich ihre sich damals formierenden ostdeutschen Landesverbände, rasch und konsequent zum Sachwalter, Systematisierer und Radikalisierer dieses Habitus aufstiegen.⁴⁶ Es ist nur folgerichtig, dass die AfD in den Jahren nach 2015 gerade in denjenigen soziodemographischen Gruppen und sozialen Milieus sowie Regionen Ostdeutschlands die größten (Wahl-)Erfolge feiert(e), in denen einerseits ›materiell‹ besonders ausgeprägte Schwächen, Deprivationen und Vulnerabilitäten bestehen – vom prekären Milieu über alte Männer bis zu den peripheren Grenzregionen im Osten und Südosten – (siehe 2.), in denen andererseits aber auch in der ›symbolischen‹ Dimension die stärksten Traditionsbestände von Heimatstolz, Identitätsüberschüssen, sozialer Ein- und Abkapselung sowie Xenophobien, Misstrauen, Pluralitäts- und Demokratievorbehalte existieren und am längsten wie intensivsten (rechts-)populistische und rechtsradikale Narrative (weiter)gesponnen wurden. Gegenüber den drei Wellen zuvor zeichnete sich die vierte nicht nur ein neues Eskalations- und Radikalisierungsniveau der Protestaktivisten und die besondere weit geöffnete Schere zwischen Kritik an den Verhältnissen und der eigenen Lebenszufriedenheit aus.⁴⁷ Different waren auch die Beurteilung der Lage und die Reaktionsmuster der Regierungs- und klassischen Oppositionsparteien auf Bundes-, mehr aber noch Landesebene. Anders als zuvor ging die »etablierte Politik« nach einer kurzen Periode des Verharmlosens oder der Fundamentalkritik (Ende 2014–2016) auf die sich Empörenden zu. Das geschah einmal auf dem Weg intensivierter und neuer Kommunikationsformate, wobei Bürger:innenversammlungen und Dialogveranstaltungen der Regierungen (wie in Sachsen durch den Ministerpräsidenten) besonders hervorzuheben sind. Zum anderen reagierten die politischen

46 Vgl. *Butterwegge u. a.* (Hg.), *Auf dem Weg* (s. Anm. 9); *Häusler*, *Völkisch-autoritärer Populismus* (s. Anm. 2).

47 Siehe *Rainer u. a.*, *Deutschland 2017* (s. Anm. 44); *Kowalczyk*, *Übernahme* (s. Anm. 40).

Akteure mit einer Intensivierung der innerparteilichen und parlamentarischen Debatten sowie dann auch deutlichen Änderungen der Politik-inhalte. *Vielmehr rückten Ostdeutschland und die Politiken für die Ostdeutschen ab 2016/17 wieder und anhaltend in den Fokus der bundesrepublikanischen Aufmerksamkeit*, einschließlich der Frage nach der weiteren Gestaltung der deutschen Einheit und des Platzes der Ostdeutschen im gemeinsamen Staatswesen. Warum war es diesmal deutlich anders? Zwei Gründe sind dafür maßgebend: Zum einen war und ist es nicht *nur* ein ostdeutsches Phänomen und Problem. Auch in einigen westlichen Bundesländern erzielte die AfD zweistellige Stimmenanteile und tobten in den klassischen Regierungsparteien (von CDU/CSU bis FDP) heftige Debatten um die richtige Politik. Der Osten konnte also hier, weniger noch als in den vorausgegangenen Wellen der 2000er Jahre, nicht als vollkommen fremdes politisch-kulturelles Gebiet angesehen und behandelt werden. Zum anderen aber und doch wieder als Besonderheit: Stimmenanteile im Bereich von 25 % bis fast 30 % für die AfD bedeuten unter Berücksichtigung der Anteile für die Partei Die Linke (von um die 10–15 % oder wie in Thüringen sogar 30 %), dass entweder gegen diese beiden Parteien gar keine Regierungsbildung mehr möglich ist oder nur noch unter einer Koalitionsbildung durch alle anderen im Parlament vertretenen politischen Parteien: von der CDU über die SPD bis zu Bündnis 90 / Die Grünen. Sachsen und Sachsen-Anhalt stehen dafür beispielhaft. Das stellt in der Tat einen (potenziellen) Bruch mit der bisherigen bundesrepublikanischen Parlamentsgeschichte dar, in der eine Mehrheitsbildung durch die klassischen demokratischen Parteien nie in Frage stand.

7. Neue Nahrung: Die rechtspopulistische Aneignungslogik aktueller Politik im Osten

Die 2015/16 begründete Erfahrungs- und Enttäuschungswelle ist nur bedingt abgeklungen, sondern ragt vielfältig in die Ereignisdynamiken der Gegenwart (2023). Zugleich haben sich seit 2020/21 neue Entwicklungen vollzogen, die sich im Folgenden nur andeuten lassen, wobei vor allem darum gehen soll aufzuzeigen, dass und wie neue gesellschaftspolitische Herausforderungen durch die sedimentierten Erfahrungen der letzten Jahrzehnte und darin formierten rechtspopulistischen Mentalitäten eines beachtlichen Teils der ostdeutschen Bevölkerung wahrgenommen und beurteilt werden.

Die zwischen 2020 und 2022 das öffentliche und private Leben erheblich herausfordernde und verändernde *Covid-19-Pandemie* demonstrierte schon zu Beginn, wie das konsolidierte rechtspopulistische Entfremdungssyndrom Einstellungen zum staatlichen Handeln strukturiert. Eine Umfrage aus dem September 2020 konnte zeigen, dass zwar 50 % der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland die Maßnahmen als »genau richtig« bewerten, jedoch im Westen der Republik ein Anteil von 28 % die Maßnahmen »(viel) zu übertrieben« finden, wohingegen es in Ostdeutschland deutlich über ein Drittel sind, nämlich 38 %. Eindrücklich ist auch die Differenz in der Beantwortung der Frage, ob man/frau glaubt, dass »geheime Mächte für die Corona-Pandemie verantwortlich seien«. Hier waren es erneut 37 % der Ostdeutschen, die diese Frage (eher) bejahten, während dies im Westen 27 % taten.⁴⁸ Diese Umfragedaten werden untermauert durch die Beobachtung des Protestverhaltens, wobei – neben den urbanen Zentren im Westen (und Berlin) – gerade ländlich-periphere Regionen Ostdeutschlands Schwerpunkte der Artikulation waren.⁴⁹

Durchaus vergleichbar sind die Reaktionsmuster sowohl auf den Ukraine-Krieg (seit Februar 2022) oder auf die durch die neue Bundesregierung seit 2022 forcierten Bemühungen eines schrittweisen sozial-ökologischen Umbaus unserer Gesellschaft (unter den deutlich veränderten globalen wirtschaftlichen und geopolitischen Bedingungen). So stellen rechtspopulistisch orientierte Ostdeutsche die Diskussionen um eine Verkürzung der Laufzeit von Braunkohlekraftwerken (von 2038 auf 2030) oder die ökologische Verschärfung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) umstandslos in die Reihe der seit 1990 anhaltenden Enteignungs- und Bevormundungspolitiken des Staates gerade gegenüber der Bevölkerung. Die seit 2022 wieder anwachsenden Migrationsbewegungen und das wahrgenommene »Versagen der Eliten in Berlin und Brüssel« erscheinen dieser Gruppe nur als ein zusätzlicher Beleg der Wahrheit ihrer

48 So die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von *appinio*, die am 30.09.2020 veröffentlicht wurden; online: <https://www.appinio.com/de/blog/so-unterschiedlich-denkt-ostdeutschland-und-westdeutschland-ueber-corona> (Abruf 10.10.2020).

49 Zu erwähnen ist auch der Württemberger Schwerpunkt in und um Stuttgart, der mit dem hohen Anteil von AfD-Sympathisanten dort ebenso konvergiert wie in (Ost-)Sachsen. Beide Regionen (Ostdeutschland und Württemberg) teilen darüber hinaus die Tradition des Lutherischen Protestantismus und mittelständische Industriekulturen, ohne damit die gravierenden sozialstrukturellen wie (politisch-)kulturellen Unterschiede (auch mit Blick auf die AfD-Landesverbände) eibebnen zu wollen.

ablehnenden Einschätzungen und grundsätzlichen »Systemkritik«. Es handelt sich offenkundig um eine stabile rechtspopulistische Aneignungslogik demokratisch erzeugter und legitimierter politischer Entscheidungen weitgehend unabhängig vom Politikbereich, von den konkreten Inhalten oder den politischen Initiatoren und Mehrheiten.

Die oben (2.) bereits präsentierten jüngsten Umfragedaten (Wahlabsichten in einer Bundestagswahl vom Juni/Juli 2023) unterstreichen das: Wenn in den östlichen Bundesländern ein Drittel der Befragten beabsichtigt, die AfD zu wählen, handelt es sich sicher nicht allein um das Ergebnis der gegenwärtigen Regierungspolitik, sondern das Resultat eines komplexen und langzeitigen Aufschichtungsprozesses sozialer Erfahrungen.

8. Die Formierung eines rechtspopulistische Habitus im Osten – weder singulär noch zwangsläufig

Rückblickend auf die Ausgangsfrage und präsentierten empirischen Befunde (1., 2.) ist zunächst festzuhalten, dass sich in den letzten Jahrzehnten ein *ostdeutscher rechtspopulistischer Habitus entwickelt und stabilisiert hat*, der sich heute – auch jenseits der AfD-Erfolge und des Schicksals dieser Partei in den kommenden Jahren – bei *etwa 25–35 % der erwachsenen Wohnbevölkerung* diagnostizieren lässt.⁵⁰

Dieser rechtspopulistische Habitus und seine Verbreitung in der Bevölkerung tragen aber weder singulären Charakter oder sprechen umstandslos für einen »ostdeutschen Sonderweg«, noch können sie allein als Produkt der langzeitigen Geschichte »Ostelbiens« in den letzten 500 oder

50 Diese Quantifizierung stützte sich auf verschiedene Erhebungen in den letzten fünf Jahren, wobei neben der bereits erwähnten Erhebung der Bertelsmann-Stiftung (vgl. *Vehrkamp*, Gesamtdeutsche Konfliktlinie [s. Anm. 12]) sowohl die Leipziger Mitte-Studie 2018 (vgl. *Oliver Decker/Johannes Kiess/Julia Schuler* u. a., Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Methode, Ergebnisse, Langzeitverlauf, in: *Decker/Brähler*, Flucht (s. Anm. 45), 65–116, hier 65–75), die FES-Mitte-Studie 2016 (vgl. *Küpper*, Rechtspopulistische Einstellungen [s. Anm. 45]) oder auch die ifo-Studie (vgl. *Rainer* u. a., Deutschland 2017 [s. Anm. 44]) entsprechende Daten liefern. Küpper hat z. B. anhand von sechs Items für Ostdeutschland einen 30 %igen Anteil von Rechtspopulisten identifiziert, für Westdeutschland diagnostizierte sie einen Anteil von etwa 20 % (vgl. *Küpper*, Rechtspopulistische Einstellungen [s. Anm. 45], hier 96).

gar 1.000 Jahren begriffen werden – wie es in *James Hawes'* (ost)deutscher Geschichtsinterpretation durchdekliniert wird.⁵¹ Das plausibilisieren zum einen die vergleichbaren Dynamiken und Attraktivitäten rechtspopulistischer und rechtsradikaler Ideologien und Politiken in Ostmittel- und Osteuropa, die sozialgeographisch wie sozialgeschichtlich mit Ostdeutschland mehr teilen, als vielfach angenommen wird.⁵² Zum anderen zeigen das die Daten und Erklärungsversuche, die den gegenwärtigen Rechtspopulismus in den Kontext säkularer weltgesellschaftlicher Transformationen in den letzten fünfzig und vor allem dreißig Jahren stellen und insofern die Perspektive auch *Richtung ›Westen‹* öffnen. Dabei geht es nicht allein um die Folgen neoliberaler wirtschaftlicher Globalisierungs- oder europäischer Integrationsprozesse.⁵³ Vielmehr sind auch die sich verändernden Erwartungen an den demokratischen Prozess, nicht zuletzt in seinen Dimensionen der Repräsentation und Partizipation, für die Anziehungskraft verschiedener Varianten des politischen Populismus verantwortlich.⁵⁴

Fallübergreifend wäre zu pointieren, dass politische Populismen unter Bedingungen herrschender Konzepte und Institutionen der Volkssouveränität ein starker Indikator für beginnende oder (folgenreich) eskalierende *Gesellschaftstransformationen* sind.⁵⁵ Verunsicherte, erwartungsenttäuschte, missachtete, enteignete oder marginalisierte/exkludierte soziale Gruppen neigen in radikalen Transformationsprozessen zu Elitenkritik, zur Distanzierung oder sogar Entfremdung gegenüber den bestehenden, namentlich politischen Institutionenordnungen. Solche Gruppen sind insbesondere unter Bedingungen krisengeschüttelter oder gerade neu etablierter demokratischer Ordnungen (eher) offen für protestbasierte Politikangebote, die radikale Kritik und einen harten Schnitt mit Traditionen und mit starken Gemeinschaftsansprüchen des ›Volkes‹ (unter Ausschluss

51 Vgl. *Hawes*, Geschichte Deutschlands (s. Anm. 19).

52 *Manow*, Ökonomie (s. Anm. 1); *Phillip Ther*, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent: Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Frankfurt a. M. 2016.

53 *Manow*, Ökonomie (s. Anm. 1).

54 Zur Debatte: *Colin Crouch*, Postdemokratie, Frankfurt a. M. 2008; *Kaltwasser* u. a., Oxford Handbook (s. Anm. 2); *Wolfgang Merkel* (Hg.), Demokratie und Krise, Wiesbaden 2015; *Müller*, Was ist Populismus? (s. Anm. 4); *Mouffe*, Populismus (s. Anm. 2).

55 Vgl. *Kaltwasser* u. a., Oxford Handbook (s. Anm. 2); *Wolfgang Merkel/Raj Kollmorgen/Hans-Jürgen Wagoner* (Hg.), Handbook of Economic, Social and Political Transformation, Oxford 2019; *Mouffe*, Populismus (s. Anm. 2).

Fremder) verknüpfen und schnelle sowie einfache politische Lösungen versprechen.

Auch deshalb gilt es, die *Multidimensionalität* nicht nur gegenüber Versuchen einer Einschnürung des ostdeutschen Rechtspopulismus *allein* auf ostdeutsche Problemlagen, Kulturen und Verursachungsketten zu betonen, sondern auch gegenüber allen Bemühungen, die *Spezifik der ostdeutschen Variante* und deren *besondere Geschichte* zu marginalisieren. Die Behauptung nicht allein (ost-)deutscher Gründe und also weltgesellschaftlicher Einbettungen des Rechtspopulismus bedeutet eben nicht die Irrelevanz nationaler und regionaler Geschichte und struktureller Bedingungen, sowenig wie sie Besonderheiten der raumzeitlich konkreten Populismen leugnet.

Der *gegenwärtige ostdeutsche Rechtspopulismus* zeichnet sich gegenüber anderen nationalen und regionalen Spielarten hinsichtlich der ›Nachfrageseite‹ insbesondere aus durch:

- die *eigentümliche Kombination* von regionalem Heimatstolz, darauf bezogenem kollektiven Identitätsüberschuss (etwa als Sachse) und kulturell begründeter Xenophobie,
- seine einerseits *historisch-lutherische Grundierung* bei heute weitgehend *religionsfreier Praktizierung*, andererseits seine *antireligiöse Aufladung*,
- sein staatssozialistisches Fundament, namentlich in der besonderen Ausprägung (a) einer funktionalistischen oder output-orientierten Demokratieauffassung, (b) eines tief sitzenden Institutionen- und Elitenmisstrauens (einschließlich einer polaren Herrschaftsauffassung: oben vs. unten) sowie (c) einer Distanz gegenüber den konfliktorientierten intermediären Organisationen der politischen Gesellschaft (wie und herausragend gegenüber politischen Parteien, Verbänden, Vereinen sowie Parlamenten),
- durch die Formierung einer eigentümlichen, eher *anarchischen Protestkultur*, die sowohl an die Erfahrungen und Erfolge der Friedlichen Revolution und der Proteste nach der Vereinigung andockt,
- seine Einfärbung durch die Konflikte und Ungleichheiten *zwischen Ost- und Westdeutschland* nach 1989/90 und tendenziellen Wahrnehmung des versagenden Staates, der korrupten Eliten und der fremden Kulturen als *westdeutsche*, und
- seine eigentümliche Aufschichtungslogik in den vier geschilderten Enttäuschungs-, Empörungs- und Protestwellen, die ihn im Osten als

sozio- und politisch-kulturell konsolidierte Erscheinung und relevante Diskurs- wie Habitusformation ausweisen.

Der vorgestellte historisch-soziologische Zugang wendet sich *gegen jede Art teleologischer und finalistischer Geschichts- und Gegenwartsdeutung*. Auch der Rechtspopulismus in Ostdeutschland ist weder das einzig logische noch zwangsläufige Produkt der (langzeitigen) Geschichte. Es gab und gibt immer ambivalente und alternative Entwicklungspotentiale sowie Handlungschancen. Nur exemplarisch ist zum einen an die proletarischen Empörungs- und Protestbewegungen in Sachsen seit Anfang des 19. Jahrhunderts zu erinnern, die keineswegs zu Unrecht in die Bezeichnung des »roten Sachsens« mündeten. Deren progressive Anerkennungs-, Solidarisierungs- und sozialen Integrationsgehalte waren nicht fiktiv, sondern haben für über zwei Jahrzehnte in Sachsen u. a. zum Auf- und Ausbau überdurchschnittlicher wohlfahrtsstaatlicher Infrastrukturen und Leistungen und auch zum Widerstandspotential gegen die nationalsozialistische Transformation beigetragen. Zum anderen ist auch gegenüber den mitteldeutschen und sächsischen Protestbewegungen ab Mitte / Herbst 1989 auf deren Mehrdeutigkeit und multiple Anschlussmöglichkeiten zu verweisen. So sehr es in der Tat einen rechtspopulistisch affinen – oder sogar relativ rasch: manifesten – Formierungsstrang gab, der bis in die Gegenwart hineinreicht. In diesen Aufbrüchen und Widerständen 1988/89 und dann – unter gänzlich veränderten Vorzeichen und institutionellen Bedingungen – 1990–1992 wurden auch die Ressourcen mit geformt, an die 2004/2005 in den Sozialprotesten gegen die Agenda 2010 angeknüpft werden konnte oder in den »antifaschistischen« und antirechtspopulistischen Bewegungen der späten 1990er und der letzten zehn Jahre. Insofern ist und bleibt es historisch offen, ob und inwieweit habituelle oder mentale Bausteine politisch-praktisch aufgegriffen, geformt und artikuliert werden (etwa in und durch politische Parteien) und welche Spielräume für alternative Formierungen und Instrumentalisierungen bestehen.⁵⁶ Dass beispielsweise die populistisch orientierten Unterstützer:innen und

56 Die bloße Feststellung einer (vermeintlich) historischen Abfolge, Anschlussmöglichkeit oder Wahlverwandtschaft (wie Lutherantum – nationalsozialistischer Antisemitismus – staatssozialistischer Anti-Zionismus/Anti-Kosmopolitismus usw.) bietet selbstverständlich keine (kausale) Erklärung. Die Wirkmächtigkeit von kulturellen Aufschichtungsprozessen, die sich u. a. in Habitusformationen niederschlagen, muss rational rekonstruiert und für die gelebte Praxis nachgewiesen werden – z. B. in narrativen Figuren und Argumentationsmustern, Sprachbildern oder politischen und zivilgesellschaftlichen Praktiken. Das konnte hier natürlich nicht geleistet werden.

Wähler:innen der PDS und dann der Linken, aber auch der SPD in Ostdeutschland nach 2014/15 zu einem beachtlichen Teil sich rechts-populistisch äußern und die AfD wählen, ist einerseits rekonstruierbar und plausibel, andererseits war es aber nicht zwangsläufig. Andere Regierungspolitiken und Orientierungen wie Strategien der Partei Die Linke hätten zu anderen Wahlentscheidungen sowie Einstellungsmustern gegenüber Migrant:innen führen können – freilich nicht im Sinne gegenteiliger Verteilungs- und Orientierungsmuster. Daher ist es zwar richtig, dass populistische Mentalitäten und konkrete Einstellungen keineswegs von vornherein und durchgängig anti-demokratisch und gleichsam *rechtspopulistisch* vorgeprägt, mithin für (radikal) links-demokratische Projekte verloren sind.⁵⁷ Zugleich stellen diese Habituselemente ein hohes Risiko für linksdemokratische Bewegungen dar, da sie sich eben nicht kurzfristig reformieren lassen.

Der ostdeutsche Rechtspopulismus repräsentiert keineswegs ein *neues* Phänomen; auch seine Verortung in der *Mitte der Gesellschaft*, sowohl in den Mittelschichten als auch in der ›politischen Mitte‹ ist alles andere als neuartig. Die historisch orientierten Rekonstruktionsversuche (3.–5.) haben versucht, dies zu begründen. Neu ist aber zum einen die konkrete habituelle Gestalt als konsolidiertes Produkt auch der letzten dreißig Jahre und deren Aufschichtungslogik (6./7.), zum anderen sein konzentrierter Artikulationsausdruck in der Partei AfD sowie seine heute noch stärkere politische Wirkmächtigkeit. Weder die bisher im Osten relevanten politischen Parteien noch die Regierungen auf Landes- oder Bundesebene können gegenwärtig *jenseits* der rechtspopulistischen Bewegungen und Mentalitäten agieren. Eine demokratisch-republikanische Antwort auf den Rechtspopulismus kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie sowohl die Geschichte vor 1989 als auch die Geschichte von Transformation und Vereinigung im Osten einbezieht – und wenn sie bereit ist, aus den Folgen und Fehlern damaliger Politiken zu lernen.

57 Zu dieser Diskussion vgl. *Mouffe*, Populismus (s. Anm 2).